

## **EIL-A6NEU3** We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün  
Beschlussdatum: 01.06.2018  
Tagesordnungspunkt: 7. .7.3 Inhaltliche Anträge  
Status: Modifiziert

1494 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf  
1495 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung  
1496 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch  
1497 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland  
1498 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit  
1499 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch  
1500 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale  
1501 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche  
1502 benachteiligt werden. Im studentischen Milieu sind dies oftmals ausländische  
1503 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer  
1504 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten  
1505 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um  
1506 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum  
1507 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem  
1508 Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr  
1509 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

### 1510 **1. Verschärfung der Mietpreisbremse**

1511 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und  
1512 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten  
1513 Regionen, Wiedervermietungsmieten liegen oftmals weiterhin über der  
1514 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und  
1515 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der  
1516 Mietpreisbremse:

- 1517 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre  
1518 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln  
1519 ausschlaggebend sind
- 1520 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und  
1521 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 1522 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende  
1523 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 1524 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen  
1525 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 1526 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter\*innen gegenüber  
1527 Mieter\*innen einführen

1528 **2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-**  
 1529 **verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!**

1530 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das  
 1531 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende  
 1532 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,  
 1533 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.  
 1534 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen  
 1535 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als  
 1536 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise  
 1537 Wohnraummangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,  
 1538 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass  
 1539 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und  
 1540 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von  
 1541 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 1542 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich  
 1543 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 1544 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 1545 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 1546 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten  
 1547 steuerlich begünstigen
- 1548 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur  
 1549 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 1550 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle  
 1551 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

1552 **3. Förderung bezahlbaren Wohnens**

1553 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von  
 1554 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und  
 1555 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, , um den Bedarf an bezahlbarem  
 1556 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf  
 1557 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf  
 1558 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene  
 1559 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher  
 1560 fordert Campusgrün:

- 1561 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende  
 1562 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 1563 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den  
 1564 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 1565 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen  
 1566 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 1567 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von  
 1568 Wohnheimplätzen über den Bund
- 1569 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

1570 Deshalb unterstützen wir die Aktionen des Protestbündnis Lernfarbiken... meutern!  
1571 und anderen potenziellen Mitstreiter\*innen zu Beginn des neuen Semesters, die  
1572 sich neben der bedarfsgerechten Finanzierung der Hochschulen, unsere Forderungen  
1573 für eine funktionierende Mietpreisbremse und ein eltern-, alters- und  
1574 semesterunabhängiges bedarfsdeckendes BAföG in Höhe von 840€ stark machen.

1575

1576 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

1577 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die  
1578 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.

1579 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.

1580 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:

1581 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter  
1582 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

1583 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)  
1584 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

## Unterstützer\*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)